
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 21/3 (1994)

DOI: 10.11588/fr.1994.3.59152

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

dium und Praxis erworbene Fachwissen qualifiziert ihn ab 1945 als Berater der Regierung in Finanzfragen beim Wiederaufbau des Landes.

In Kapitel II schildert Werner seine Tätigkeit als Finanz- und Verteidigungsminister (letzteres zeitweise) in den Jahren 1953 bis 1959. In Kapitel III wird seine Amtszeit als Regierungschef und vorübergehend auch als Außen- und Justizminister von 1959 bis 1974 lebendig. Innenpolitische Schwerpunkte und Streitpunkte sind in den insgesamt 21 Jahren die Hilfen für die von Krisen geschüttelten Erwerbszweige Landwirtschaft und Montanindustrie, die Versorgung der von den deutschen Behörden zwangsrekrutierten und deportierten Luxemburger, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und der Ausbau der Sozialgesetzgebung. Als gleichfalls konfliktträchtig erweist sich die Anpassung der rechtlichen Normen für Privatschulen, Ehescheidung und Abtreibung an die Erwartungen einer säkularisierten Gesellschaft. Gleichzeitig mit den innenpolitischen Kontroversen muß die Regierung Werner die Integration Luxemburgs in die EWG bzw. EG bewältigen. In dieser Auseinandersetzung erkämpft sich Luxemburg – nicht zuletzt dank Werners Beharrlichkeit und Geschick – eine europäische Position, die weit über seine geographischen und demographischen Vorgaben hinausreicht.

Kapitel IV handelt von einer politischen Lehrzeit, die Werner von 1974 bis 1979 als Führer der parlamentarischen Opposition und als Kommunalpolitiker sozusagen nachholt. Kapitel V zeigt ihn erneut und zum letzten Mal als Regierungschef in den Jahren 1979 bis 1984. Zu alten Problemen treten nun die neuen Herausforderungen einer Medien- und Dienstleistungsgesellschaft.

In allem wird die Luxemburg mehr als seine Nachbarn prägende Verflechtung von Innenpolitik und internationaler Politik, deren Beschreibung jeweils etwa die Hälfte der Memoiren ausmacht, eindringlich vor Augen geführt. Werners Lebens- und Landesgeschichte über 40 Jahre zeigt einen verantwortungsbewußten und vorausschauenden Politiker, der sich in seinem Staatsverständnis den christlichen Grundwerten als Leitlinie und dem monarchischen Staatsoberhaupt als Symbol der nationalen Kontinuität verpflichtet weiß.

Reinhard SCHIFFERS, Bonn

John KENT, *The Internationalization of Colonialism. Britain, France, and Black Africa, 1939–1956*, Oxford (Clarendon Press) 1992, VIII–365 S. (Oxford Studies in African Affairs).

Die Geschichte der europäischen Expansion erschöpft(e) sich nicht in der Konfrontation zwischen indigenen Gesellschaften und Eroberern. Im 19. wie im 20. Jh. widmet(e) sich ein Kapitel stets dem Verhältnis zwischen den europäischen Repräsentanten (in Übersee), also beispielsweise den Beziehungen zwischen Engländern, Franzosen und Deutschen. Letztere fristeten ihre koloniale Existenz gleichsam im Windschatten der englisch-französischen Rivalität, die ihren Höhepunkt in der Fashodakrise 1898 fand. In Berlin gab man sich lange Zeit dem Glauben hin, daß ein kolonialer Ausgleich zwischen beiden Ländern nicht möglich sein würde, um dann die bittere Erfahrung zu machen, daß die »Entente cordiale«, ursprünglich lediglich ein koloniales Zweckbündnis, sich zu einem allgemeinen englisch-französischen Rapprochement entwickelte – mit bedeutsamen Auswirkungen für das Verhältnis zwischen beiden Nationen in Europa. Aber – und dieser Umstand ist nicht aus den Augen zu verlieren – die Entscheidung für dieses »herzliche Einvernehmen« fiel an der Seine und an der Themse, das Ergebnis war also keine Folge eines besonders »guten Einvernehmens« zwischen Engländern und Franzosen außerhalb Europas.

Die englisch-französischen Kolonialbeziehungen bis zur Entfesselung des Zweiten Weltkriegs sind Gegenstand zahlreicher Spezialstudien, die jetzt ihre Fortsetzung in einer breit angelegten komparativen Untersuchung aus englischer Feder gefunden haben. Wie war es um die überseeische Kooperation zwischen 1939 und 1956 bestellt? Wo lagen ihre Grenzen und welche Auswirkungen zeitigte sie in Europa? Diese Fragen sind nicht neu, für die Zeit vor

1939 wurden sie beantwortet, für die Jahre bis 1956 liegt nun eine sorgfältig recherchierte Arbeit vor, die an einer Erkenntnis keinen Zweifel läßt: auch nach dem Zweiten Weltkrieg blieben die bilateralen Kolonialbeziehungen europäischen und globalen Prioritäten untergeordnet. Kent untersucht die Bedeutung Afrikas für die globale Strategie während des Krieges, die Kolonialpolitik *sui generis*, wie sie nach 1945 von den Metropolen betrieben wurde, und last but not least die Beziehungen zwischen den »men on the spot«. Auf welche Ebene das Auge des Betrachters auch immer fällt, das Bemühen um koloniale Zusammenarbeit bzw. die »Internationalization of Colonialism« erwies sich als »permanent source of difficulty« (S. 329).

Entscheidend war, daß Kooperation in Übersee die Kolonialpolitik bzw. ihre Vorgaben, die von den Entscheidungszentren in Paris und London diktiert wurden, nicht grundsätzlich verändern durfte. Hinzu kamen einander widersprechende Verwaltungspraktiken, die kein guter Nährboden für eine Neuauflage der »Entente cordiale« waren. Und schließlich zeigte England mehr Interesse an einer Anlehnung an die Dollarzone und an die USA als an einem »euro-afrikanischen Block« im Verbund mit Frankreich. Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg machen deutlich, daß die heterogene Kolonialverwaltung, die Angst vor Ansehensverlust im Falle allzu großer »Nachgiebigkeit« gegenüber dem historischen Rivalen sowie die Funktionalisierung der Kolonialpolitik im Kontext unterschiedlicher globaler Zielsetzungen keine Aussicht auf eine breitgefächerte Zusammenarbeit boten. Es ist das Verdienst der vorliegenden Studie, diese Zusammenhänge exemplarisch zu beleuchten.

Michael FRÖHLICH, Bonn

Sous la direction de René GIRAULT en collaboration avec Seloua BOULBINA et Gérard BOSSUAT, Pierre Mendès France et le rôle de la France dans le monde, colloque organisé par l'Institut Pierre Mendès France à l'Assemblée nationale le 10 et 11 janvier 1991, sous la présidence de M. Claude Cheysson, Grenoble (Presses universitaires de Grenoble) 1991, 487 S.

Um das bisher diffuse Bild über das Verhältnis von Pierre Mendès France (PMF) zur Außenpolitik zu erhellen, lud das seinen Namen tragende Pariser Institut im Januar 1991 Wissenschaftler und Wegbegleiter aus Politik und Diplomatie zu einer Tagung über PMF und die Rolle Frankreichs in der Welt. Der jetzt vorliegende Tagungsband beleuchtet seinen kaum bekannten Part in den Beziehungen zu Lateinamerika, beschreibt seine Südostasien-Politik nach dem Waffenstillstand vom Juli 1954, hebt die »importance exclusive« hervor, die er der israelisch-arabischen Auseinandersetzung beimaß (E. DE FONTENAY S. 253), betont die frühe Beschäftigung mit den Problemen der unterentwickelten Länder, ohne zu verschweigen, daß er kein »militant d'avant-garde de la décolonisation« war (B. STORA S. 380). Eindrucksvoll unterstreichen die Beiträge, wie PMF sich internationalen Fragen mit dem Ziel widmete, »défendre le rôle de la France dans le monde, préférer l'indépendance réelle à l'illusion de la grandeur« (S. BOULBINA S. 7). Im klaren Bewußtsein des sowjetisch-amerikanischen Duopols, der Frankreich nur dann Handlungsspielräume beließ, »si elle est elle-même« (R. FRANK S. 281), ging es seiner Meinung nach darum, die Rolle von 1789 wiederzugewinnen, »appuyer tout ce qui peut se fonder sur des grands principes moraux« (R. GIRAULT S. 339). Wie sah PMF nun im Rahmen dieses »Generalplans« das Verhältnis Frankreichs zu Europa, zu Deutschland? Nach den überzeugenden Ausführungen von P. GUILLEN hegte er am Ende des 2. Weltkriegs »un vif ressentiment« gegenüber dem östlichen Nachbarn (S. 39). Wenngleich er schon 1950 in einer deutsch-französischen Wirtschaftskooperation eine wichtige Bedingung für die europäische Integration gesehen hatte, herrschte bei ihm bis 1954 die Furcht vor, »de voir ... [la France] surclassée par la RFA, non seulement sur le plan économique, mais aussi sur le plan militaire« (S. 42). Mit Beginn seiner Regierungszeit änderte sich nach Guillen diese Einstellung. Schon bald hielt er die deutsche Wiederbewaffnung, die Aufhebung des Besatzungsstatuts und Eingliederung in die westliche Welt für unverzichtbar, freilich eingebettet in